

Ein »Atom-Mädchen« lässt sich anwerben

Ulrike Meinhof in ihrer Marburger Zeit

Wolfgang Kraushaar

Nicht wenige Biographen erliegen bekanntlich dem Zwang, den Lebenslauf der jeweils von ihnen dargestellten Person von ihrem Ende her zu definieren und auf diese Weise eine Vita aus ihrer scheinbar immanenten Logik heraus zu entwickeln und so ihre Leserschaft mit einer unübersehbaren Tendenz zur Kausallogik überzeugen zu wollen. Eine solche Finalisierungslogik ist auch im Falle verschiedener Ulrike-Meinhof-Biographien zu beobachten.¹ Eine derartige Linienführung muss aber allein schon deshalb als problematisch erscheinen, weil sie in mancherlei Hinsicht zu sehr zugespitzt wird, vielleicht sogar eindimensional vorgeht, in der Regel aber nur wenig Spielraum für alternative Deutungen bietet, die der Vielschichtigkeit einer Person vermutlich gerechter werden.

Die Entscheidung der einstigen *konkret*-Kolumnistin, sich maßgeblich an der Gründung der Roten Armee Fraktion (RAF) zu beteiligen und in den Untergrund zu gehen, um den bewaffneten Kampf gegen das verhasste politische System aufzunehmen, hat ihrer Biographie gewiss den stärksten Stempel aufgesetzt. Das war zweifelsohne ein existentiell konnotierter Bruch, der durch ihr Bild als Terroristin mehr als jedes andere Rollenverständnis bestimmt hat – und dies gleich in mehrfacher Hinsicht: in privater, in sozialer, in beruflicher wie in familiärer. Sie trennte sich von ihrem Ehemann, sie nahm einen Ortswechsel vor, indem sie von Hamburg-Blankenese nach West-Berlin zog, womit sie zugleich von einem bourgeoisen in ein kleinbürgerliches Milieu wechselte, sie verließ die *konkret*-Redaktion und hängte mit einem großen Bohei ihren Beruf als Journalistin an den Nagel und sie scheute sich als RAF-Gefangene später nicht einmal davor, den Kontakt zu ihren Zwillingstöchtern abubrechen und von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht einmal deren Briefe zu beantworten.

Eine andere, kaum weniger problematische Darstellungslogik besteht darin, das Leben einer oder eines Prominenten dem Kriterium einer vermeintlich alles überragenden Kontinuitätslinie unterordnen zu wollen. Auch dafür ließen sich in Meinhofs Fall Beispiele anführen, die darauf hinauslaufen, sie als eine politische Moralistin von

1 Vgl. exemplarisch Katriina Lehto-Bleckert, Ulrike Meinhof 1934-1976. Ihr Weg zur Terroristin, Marburg 2010; Jutta Dittfurth, Ulrike Meinhof. Die Biographie, Berlin 2007.

historischem Rang herauszustellen, die sich nur mit einer tragischen Ausnahmefigur wie der von Freischärlern ermordeten Sozialistin Rosa Luxemburg vergleichen ließe und die ihren Idealen allen Brüchen zum Trotz letztlich immer treu geblieben sei.²

Die Vorbehalte gegenüber diesen beiden Darstellungsvarianten sollten aber nicht dazu führen, die Möglichkeit biographischer Brüche von vornherein nur als gering zu veranschlagen oder aber sie ganz ausschließen zu wollen. Genau um einen solchen *break* soll es in Meinhofs Fall in einer ganz bestimmten Zeitspanne gehen. Er trug sich in ihrer Marburger Zeit zu, in einer Phase also, in der sie noch ein Twen war, eine junge Studentin, die ihr Erwachsenenleben eigentlich noch vor sich hatte.

I. Studienbeginn an der Philipps-Universität Marburg

Als »Fräulein stud. phil. Ulrike Meinhof« – wie es damals üblicherweise noch hieß – im April 1955 in Marburg eintraf, um als 20-Jährige an der Philipps-Universität ein Studium der Pädagogik, Germanistik und Psychologie zu beginnen, galt sie als hochbegabt und konnte auf Voraussetzungen zurückgreifen, von denen die meisten ihrer Kommiliton*innen nur träumen konnten. Sie hatte kurz zuvor am Gymnasium Philippinum in Weilburg ihr Abitur in vier Fächern, darunter Deutsch, Geschichte und Englisch, mit der Bestnote abgeschnitten und zum Monatsbeginn die Bewilligung erhalten, künftig ein Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes zu beziehen.³ Das war vielversprechend und ließ Gutes, ja Außergewöhnliches erhoffen.

Doch es gab eine schwere Bürde. Die 1934 im niedersächsischen Oldenburg Geborene hatte schon lange zuvor den entscheidenden Teil ihrer Familie verloren. In einem noch am Gymnasium verfassten Lebenslauf schrieb sie:

»Mein bisheriges Leben wurde entscheidend bestimmt durch den Tod meines Vaters als ich fünf Jahre alt war, und durch die Kriegsjahre, die meine Mutter mit uns Kindern durchstand, während sie selber in Ausbildung war. Ich war minderjährig, als sie starb und als meine Schwester und ich Zuflucht fanden bei Frau Prof. Riemack.«⁴

Sie hatte also nicht nur 1940 ihren Vater, den promovierten Kunsthistoriker Dr. Werner Meinhof, durch eine Krebserkrankung verloren, sondern als 13-Jährige auch noch ihre Mutter Ingeborg, die an den Folgen einer Grippe gestorben war. Die Vormundschaft über die beiden Töchter Ulrike und die drei Jahre ältere Wienke hatte ihre Freundin Renate Riemack übernommen. Die mit 32 Jahren jüngste Professorin der Republik, die an der Pädagogischen Hochschule Wuppertal Geschichte und politische Bildung lehrte, war nach dem Tod der Mutter psychisch wie geistig zu ihrer wichtigsten Bezugsperson

2 Vgl. u.a. Alois Prinz, Lieber wütend als traurig. Die Lebensgeschichte der Ulrike Marie Meinhof, Weinheim 2003; Mario Krebs, Ulrike Meinhof. Ein Leben im Widerspruch, Reinbek 1988.

3 Vgl. Alexander Gallus, Meinhof, Mahler, Ensslin. Die Akten der Studienstiftung des deutschen Volkes, Göttingen 2016.

4 Lebenslauf zit.n. Bettina Röhl, So macht Kommunismus Spaß. Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret, Hamburg 2006, S. 168-170, hier S. 169.

geworden. Diese Rolle gab Riemeck nach Meinhofs Abitur und zu ihrem Studienbeginn nicht einfach auf. Sie transformierte sie eher in die einer Mentorin, die über Jahre hinweg die Entwicklung der jüngeren der beiden Meinhof-Töchter noch maßgeblich beeinflussen sollte.

Das schlug sich schon bei der Auswahl ihrer Studienfächer nieder. Denn sie studierte Fächer, die auf das Lehramt ausgerichtet waren. Sie wollte Lehrerin werden. In ihrem bereits erwähnten Lebenslauf hatte sie geschrieben, dass sie dazu »selbstverständlich durch Renate Riemeck« angeregt worden sei. Eine Rolle habe für sie allerdings auch die Erziehung an der katholischen Liebfrauenschule in Oldenburg und die an der Rudolf-Steiner-Schule in Wuppertal gespielt. Das in beiden Fällen weltanschaulich geprägte Menschenbild habe sie zu dem Wunsch veranlasst, »in die tiefere Problematik der Menschenbildung einzudringen«.⁵ Das schien jedenfalls zum Studienbeginn ihre pädagogische Grundorientierung zu bestimmen.

Dazu passte auch die Einstellung, die sie dabei an den Tag legte. Sie war fleißig, sie war interessiert, nicht unwählerisch und ging ihre Sache überlegt und gut organisiert an. Zwar besuchte sie hin und wieder auch Veranstaltungen des Politik- und Rechtswissenschaftlers Wolfgang Abendroth, den Jürgen Habermas später einmal anerkennend als einen »Partisanen im Lande der Mitläufer« bezeichnen sollte,⁶ aber darin war noch keine besonders ernst zu nehmende Ambition zu erkennen, sich etwas näher mit dem Marxismus oder einer sozialistischen Gesellschaftsoption auseinandersetzen zu wollen. Eigentlich war sie trotz der Einflüsse ihrer Ziehmutter, die bereits eine aktive Rolle in der Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung gespielt hatte, noch ziemlich unpolitisch.

Dabei hätte die politische Situation zu Beginn des Sommersemesters 1955 durchaus Anlass bieten können, sich mit der Entwicklung der Nachkriegsrepublik eingehender auseinanderzusetzen. Denn seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren genau zehn Jahre vergangen. Die Ära der Besatzungszeit ging am 5. Mai 1955 zu Ende und die Bundesrepublik wurde ein souveräner Staat, zumindest wenn man einmal von einigen weiter geltenden und nicht zu unterschätzenden Vorbehaltsrechten der Besatzungsmächte absah. Erst jetzt konnte die Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer, die bis dahin einem Besatzungsstatut unterworfen war und in ihren ersten Jahren noch nicht einmal über ein Außenministerium verfügte, selbstbewusster auftreten. Doch mit der Verabschiedung der Pariser Verträge waren auch neue Verpflichtungen deutlich geworden. Die Westmächte erwarteten, dass der noch junge Staat zielstrebig aufrüsten und möglichst bald Mitglied im Verteidigungsbündnis NATO (North Atlantic Treaty Organization) werden würde. Mit der Umsetzung dieser Absichten waren keine geringen Schwierigkeiten verbunden. Denn der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung wollte so wenige Jahre nach Kriegsende keine Wiederbewaffnung.

5 Ebd., S. 170.

6 Jürgen Habermas, Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer. Der Marburger Ordinarius Wolfgang Abendroth wird am 2. Mai sechzig Jahre alt, in: Die Zeit v. 29.4.1966, <<https://www.zeit.de/1966/18/partisanenprofessor-im-lande-der-mitlaeufer/komplettansicht?print>> (21.2.2021). Zu Wolfgang Abendroth siehe auch den Beitrag von Wolfgang Hecker im vorliegenden Band.

Eine nicht geringe Rolle spielte für die junge, trotz ihrer biedereren Kleidung von Mitstudierenden als attraktiv beschriebene Studentin, die in dem am Steinweg gelegenen Café »Heyden« Jazz-Musik hörte und dabei zum allgemeinen Erstaunen mitunter sogar Pfeife rauchte, die Gestaltung ihrer Freizeit. Schon bald lernte sie den Physikstudenten Lothar Wallek kennen, einen gläubigen Katholiken und angehenden Atomphysiker, der schon an seiner Diplomarbeit saß. Es dauerte nicht lange und sie wurden ein Paar. Von Anfang an ließen sie keinen Zweifel daran, dass sie es mit ihrer Beziehung durchaus ernst nahmen. Sie beschäftigten sich mit Heiratsplänen und kündigten an, sich verloben zu wollen. Kurzum, es ging um eine ziemlich harmonische Einheit von Studium und Privatleben. Alles verlief in ganz geordneten Bahnen, die denen einer überaus angepassten Gesellschaft durchaus entsprachen. Kaum etwas schien auf eine außergewöhnliche Entwicklung der Pädagogik-Studentin hinzuweisen. Doch es sollte anders kommen.

Die junge Meinhof war immerhin eine überzeugte Pazifistin. Diese moralisch grundierte Haltung funktionierte wie ein Einfallstor für bestimmte, unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges besonders konfliktbesetzte Themen. Sie beschäftigte sich mit Schriften von gegen den Nationalsozialismus eingestellten Theologen wie Karl Barth oder Dietrich Bonhoeffer und las Robert Jungks Bestseller *Heller als tausend Sonnen*. Darin wurde die Geschichte der am Manhattan-Projekt beteiligten Physiker geschildert, die die erste Atombombe entwickelt hatten, und in der energisch vor einem Nuklearschlag gewarnt wurde.⁷ Und wie es der Zufall wollte, dauerte es nicht lange bis auch das Thema Atomrüstung auf der Tagesordnung der jungen Bundesrepublik Deutschland (BRD) stand. Die Tatsache, dass sie mit dem Wintersemester 1955/56 die beiden Fächer Psychologie und Germanistik aufgab und sich stattdessen für Kunstgeschichte und Geschichtswissenschaft entschied, könnte bereits ein Anzeichen für eine Interessensverschiebung gewesen sein. Allerdings wollte sie noch immer Lehrerin werden und hielt deshalb an Pädagogik als ihrem Hauptfach unverändert fest.

II. Die Gründung des *Studenten-Kurier*, der späteren Zeitschrift *konkret*

Zur selben Zeit als Meinhof in Marburg ihr Studium begann, fand in Ost-Berlin eine denkwürdige Sitzung des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend (FDJ) statt. Es ging an jenem 6. April 1955 um – wie es in der dazugehörigen Vorlage hieß – die »Schaffung einer westdeutschen Studentenzeitung« namens *Studenten-Kurier*. Die staatliche Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gründete ein Blatt, das zweieinhalb Jahre später in *konkret* umbenannt werden und in der Folge noch für manche Schlagzeile sorgen sollte. Die Umbenennung ging auf einen Vorschlag des Schriftstellers Arno Schmidt zurück, der damit erreichen wollte, dass die Studentenschaft als Adressat im Titel verschwand. Er glaubte, dass die Zeitschrift durch diese Aufgabe ihrer Bindung an eine exklusive Lesergruppe eine größere Resonanz erzielen würde.⁸ Die Wahl des neuen Titels beanspruchte der Herausgeber der Zeitschrift Klaus

7 Robert Jungk, *Heller als tausend Sonnen*. Das Schicksal der Atomforscher, Bern u.a. 1956.

8 Vgl. Klaus Rainer Röhl, *Fünf Finger sind keine Faust*, Köln 1974, S. 110.

Abb. 1: Ulrike Meinhof als junge Journalistin, 1964



Privatarchiv Bettina Röhl

Rainer Röhl für sich.⁹ Er sei auf *konkret* gekommen, weil er nach einer Analogie für *Po Prostu* gesucht habe, dem Namen einer seinerzeit als besonders systemkritisch geltenden polnischen Wochenzeitung, der sich am besten mit »offen gesagt« übersetzen

9 Ebd., S. 21. Dies wird auch durch die Erinnerung des *konkret*-Graphikers Horst Sikorra gestützt, vgl. dazu Röhl, *Kommunismus* (Anm. 4), S. 123.

lässt.¹⁰ Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die durch den neuen Titel offenbar Ungemach befürchtete, stimmte ihm nur zögerlich zu.

Die 120.000 Studierenden in der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bekämpften Bundesrepublik stellten, hieß es in dem Papier, »eine bedeutende Kraft in der nationalen Bewegung des deutschen Volkes gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus« dar, die es für die angestrebte Wiedervereinigung Deutschlands zu nutzen gelte.¹¹ Da es aber in der Studentenschaft Strömungen gebe, in denen die Ablehnung der Remilitarisierung nicht so fest verankert und die zudem antikommunistisch ausgerichtet seien, bedürfe es einer Studentenzeitung, die eine offensive Aufklärungsarbeit betreibe, um »die wahrhaft nationalen Stimmungen« darunter »zum Organ des demokratisch und politisch gesinnten Teils« der Studierenden zu machen. Die Zeitung müsse das »Organ der antimilitaristischen und nationalen Strömungen« werden. Dabei sollten, hieß es geradezu ermahrend, die aus der DDR und der Sowjetunion stammenden deutschlandpolitischen Vorschläge »die feste politische Grundlage der Zeitung« darstellen. Bemerkenswert waren die wahrlich nationalistisch zugespitzten Ober- und Untertöne des Unterfangens. Die Losung, die für diese Einflussnahme auf die oppositionellen Kräfte in der BRD explizit ausgegeben wurde, lautete: »Einheit, Freiheit und Frieden für Deutschland.« Dann folgten die praktischen Vorgaben. Verlagsort der Zeitung sei Hamburg. Dort habe auch die Redaktion ihren Sitz. Das Blatt, das auf das sogenannte »demokratische Kulturgut« eingeschworen wurde, solle im Großformat Din A3 erscheinen und 20 Pfennig kosten. Die Startauflage betrage 5.000 Exemplare. Der *Studenten-Kurier* solle nach Möglichkeit an allen westdeutschen Universitäten und Hochschulen vertrieben werden.

Die Zusammensetzung der Redaktion stand nicht zur Erörterung, sie war bereits zuvor festgelegt worden. Ihr gehörten mit dem Philosophiestudenten Klaus Rainer Röhl, dem Rundfunkjournalisten Eckard Heimendahl und dem Jurastudenten Klaus Hübötter drei Mitglieder der in der Hansestadt aktiven kommunistischen Studentengruppe an.¹² Auch die anfallenden Kosten für Druck und Vertrieb, für Honorare, Archiv-

10 Der Untertitel von *Po Prostu* lautete *Tygodnik studentów i młodej inteligencji*, woraus hervorging, dass sie sich vor allem an Studierende und die junge Intelligenz wenden wollte. Als sich das 1947 von der kommunistischen Staatspartei ursprünglich als Pflichtlektüre für die akademische Jugend gegründete Blatt nach dem von Nikita Sergejewitsch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) eingeschlagenen Entstalinisierungskurs in ein Organ der Opposition verwandelte, wurde es 1957 vom Parteichef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Władysław Gomułka, trotz massiver Proteste kurzerhand verboten.

11 Bundesarchiv Koblenz (BArch), BY1/Unbearbeitet 518, Vorlage, Betrifft: Schaffung einer westdeutschen Studentenzeitung *Studenten-Kurier*. Dort auch die folgenden Zitate.

12 Der 1950 der KPD beigetretene Klaus Hübötter hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine bewegte Geschichte hinter sich. Nach dem 1951 erfolgten Verbot der westdeutschen FDJ war er 1953 wegen illegaler Mitgliedschaft in der FDJ verhaftet worden. Nach einer neunmonatigen Untersuchungshaft hatte er zum Wintersemester 1954/55 an der Universität Hamburg begonnen, Jura zu studieren, und sich gleichzeitig der Kommunistischen Hochschulgruppe angeschlossen. 1956 wurde er dann vom Landgericht Düsseldorf als »Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen Vereinigung« zu einer anderthalbjährigen Haftstrafe verurteilt. Diese musste er jedoch nicht antreten, weil zum einen seine Untersuchungshaft angerechnet und ihm zum anderen seine Reststrafe vom nordrhein-westfälischen Innenminister Rudolf Amelunxen erlassen wurde.

und Büromaterial waren bereits allesamt durchkalkuliert. Unterzeichnet war das Protokoll von Erich Honecker, dem Zentralratsvorsitzenden der FDJ, und Herbert Mies, dem Vorsitzenden der bereits 1951 verbotenen westdeutschen FDJ. Letzterer hatte sich angesichts der mit der Illegalität verbundenen Gefahren und des nun auch noch drohenden KPD-Verbots zusammen mit deren Vorsitzenden Max Reimann und anderen in Ost-Berlin vorsorglich in Sicherheit gebracht. Später sollte Mies über viele Jahre hinweg (von 1973 bis 1990) Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) werden.

Danach lief alles wie am Schnürchen. Es dauerte nicht lange, bis die erste Ausgabe des *Studenten-Kurier* zwischen Kiel und Freiburg an 24 Universitäten und Hochschulen erscheinen konnte. Und zwar am Jahrestag einer historischen Zäsur wie es kaum eine wichtigere hätte geben können: Am 8. Mai 1955, dem 10. Jahrestag der von der Roten Armee erzwungenen Kapitulation des NS-Regimes. Wichtigster Beitrag war ein von dem mit Röhl befreundeten Lyriker Peter Rühmkorf verfasster Artikel zum Ende dieses alptraumartigen »Dritten Reiches«. Mit sichtlichem Stolz wurde zum Start des Projekts auch der Brief eines prominenten Schriftstellers veröffentlicht. Er stammte von keinem Geringeren als dem aus dem Exil zurückgekehrten und in beiden deutschen Staaten angesehenen Nobelpreisträger Thomas Mann, der mit seiner während des Zweiten Weltkrieges getroffenen und aus Gründen der ideologischen Selbstrechtfertigung häufig von der orthodoxen Linken zitierten Feststellung, der Antikommunismus sei »die Grundtorheit unserer Epoche«, unfreiwillig den Anschein erweckt hatte, dass er den Kommunismus als eine legitime politische Strömung betrachte. In seinem Brief für den *Studenten-Kurier* gab er nicht nur seiner Überzeugung Ausdruck, dass die neue Studentenzeitung »eine notwendige Funktion« ausüben werde, ohne zu verraten, welche er damit eigentlich meine, sondern dass er mit deren Tendenzen auch »sympathisiere«.¹³

Von welchem Schläge der angehende Chefredakteur Röhl war, verriet sich darin, dass er schon in der ersten Nummer ein Preisausschreiben veranstaltete. Die geeignete Leserschaft solle herausfinden, wer denn eigentlich hinter dem Blatt stehe und es finanziere. Um die Phantasie anzureizen, stellte er zur Wahl: »Eine Firma, eine Partei, eine andere politische Interessengruppe, das Verfassungsschutzamt, irgendeine kommunistische oder nazistische Tarnorganisation, irgendein Personenkreis oder sonst noch ein großer Unbekannter?«¹⁴ Da er sich offenbar sicher war, dass Mutmaßungen auf den Plan treten würden, dass die neue Zeitung »aus dem Osten« finanziert und gesteuert werden würde, versuchte er durch diesen Schalk derartige Phantasien gleich zu Beginn in Gestalt einer ironisch-sarkastischen Überhöhung ad absurdum zu führen. Dem Gewinner winkten zur Belohnung drei Flaschen Sekt, überreicht und zugleich geleert bei einem von der Redaktion veranstalteten Sommerfest.

Im Untertitel firmierte der *Studenten-Kurier* von Anfang an als ein »Unabhängiges Magazin für deutsche Studenten«. Angesichts der Konspirativität, die zur Ostberliner Fernsteuerung wie selbstverständlich dazu gehörte, war das eine an Dreistigkeit kaum zu überbietende Lüge. Die ersten konspirativen Treffen fanden in dem berühmten, ganz in der Nähe des Brandenburger Tors gelegenen Hotel Adlon statt, das wegen der

13 Briefe, in: *Studenten-Kurier* 1 (1955), H. 1/2, S. 4.

14 Ebd., S. 12.

während des Krieges erlittenen Schäden in großen Teilen immer noch wie eine Ruine aussah. Den Redakteuren hatten erst einmal in Schnellkursen die für ihr Tun nötigen Tarnroutinen beigebracht werden müssen, damit sie nicht Gefahr liefen, sich Patzer zu leisten und damit das gesamte subversive Unternehmen zu gefährden. Sie lernten, wie man auf dem Weg zu einem zuvor ausgemachten Treffpunkt Verfolger abschüttelte, indem man etwa auf dem Bahnsteig einer S-Bahn-Station im letzten Moment noch den anderen gerade abfahrenden Zug nahm oder wie man sich ins Gewühl eines Kaufhauses stürzte, um möglichst unerkannt einen Hinterausgang zu nehmen. Zumindest im Ansatz waren es Techniken einer Agententätigkeit, mit denen sich Röhl und seine Kollegen vertraut machen mussten.

Röhl räumte ein, dass die Studentenzeitung politisch betrachtet noch in den Kinderschuhen stecke. Ihr Hauptmangel bestehe darin, dass sie bei Lichte betrachtet »ein Blatt für literarische Snobs« sei. Aber das, was er als Manko meinte hinstellen zu müssen, war zugleich eine besonders wirksame Tarnung. Denn unter der Fassade klassischer deutscher Literatur und humanistischer Werte ließ sich die Konterbande politischer Gesinnung besonders gut transportieren. Dass die Befürchtung, bei irgendeiner Gelegenheit aufzufliegen, allgegenwärtig war, ließ sich schon daran erkennen, dass die Instrukteure der Redaktion gegenüber angeordnet hatten, in jeder Ausgabe mindestens einen Artikel unterzubringen, der sich kritisch mit der DDR, der Sowjetunion oder einem anderen ihrer Satellitenländer auseinandersetzte, um so den Anschein eines antikomunistischen Einflusses zu suggerieren.

Bei der Erfüllung eines solch subversiven Auftrages war es naheliegend, dass es eines Führungsoffiziers bedurfte, der für die nötigen Instruktionen sorgte, seine Untergebenen kontrollierte, die Fäden immer in der Hand zu halten versuchte und manchmal auch in die Rolle eines Troubleshooters wechseln musste. Für Röhl war das der 26-jährige Manfred Kapluck, Deckname »Chapel«, ein mit Selbstbewusstsein, Witz und Chuzpe ausgestatteter Ostagent. Später sollte er einmal behaupten, dass er nach dem von der Bundesregierung 1951 ausgesprochenen Verbot der westdeutschen FDJ nicht weniger als hundert »illegale Kader« aufgebaut habe, die von ihm »in der legalen Massenarbeit« eingesetzt worden seien.¹⁵ Um etwa einen tendenziellen Freigeist wie Rühmkorf stärker »ideologisch und politisch« zu binden, habe er im Oktober 1955 dafür gesorgt, dass der aufstrebende Hamburger Jungschriftsteller zu einer sechswöchigen Reise in die kommunistische Volksrepublik China mitgenommen wurde.

Zusammen mit dem fünf Jahre älteren Richard Kumpf, seines Zeichens Leiter der Jugendabteilung im Zentralkomitee der KPD, war Kapluck bei manchem konspirativen Treffen in Ost-Berlin selbst mit dabei. Er sorgte immer gleich vor Ort dafür, dass es an den nötigen Finanzen nicht mangelte. Weil schon seine Eltern KPD-Mitglieder waren und sein Vater zudem ein sogenannter »Spanienkämpfer«, verfügte er beim Politbüro über einen gehörigen Vertrauensbonus. Es sollen – wie er selbst hervorhob – ein ums andere Mal 40.000 Mark gewesen sein, die er von Ausgabe zu Ausgabe bei der SED zunächst für den *Studenten-Kurier* und dann seit 1957 für *konkret* locker machen konnte.

15 So jedenfalls 1996 im Gespräch mit einer von Meinhofs beiden Töchtern, vgl. Röhl, Kommunismus (Anm. 4), S. 81. Dort auch die folgenden Zitate.

Ohne ihn hätte es das spätere Vorzeigblatt der außerparlamentarischen Linken überhaupt nicht geben können, betonte er. Für ihn war Röhl »das größte Schlitzohr weit und breit«. Dessen politische Vorstellungen, hielt er nicht hinter dem Berg, seien immer mit einer gehörigen Portion Egoismus gepaart gewesen.

Sein Schützling entschied sich, exakt an jenem Tag Mitglied der KPD zu werden, an dem sie vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde: am 17. August 1956 – »aus »Solidarität« wie er später einmal erklären wird. Dieses Motiv dürfte, gepaart mit dem Reflex des »Jetzt erst recht«, durchaus ernst zu nehmen gewesen sein. In seinen Erinnerungen schilderte er eine unter gebildeten jungen Leuten der Adenauer-Ära gar nicht selten anzutreffende Trotzhaltung:

»Lange bevor ich Kommunist wurde, wurde ich so häufig und ungerechtfertigt, so absurd und böseartig Kommunist genannt, dass es mir am Ende nichts ausgemacht hätte, es wirklich zu sein: Mitglied einer geprügelten Minderheit, die sich verstecken und verbergen musste und die man am liebsten gelyncht hätte.«¹⁶

Diese Haltung dürfte also eher etwas mit Altruismus zu tun gehabt haben als mit ideologischer Verblendung. Der spätere *konkret*-Chef Röhl wurde bezeichnenderweise erst in dem Moment Parteimitglied, als seine Partei für illegal erklärt und in seinen Augen unterdrückt worden war. Andererseits aber war es auch eine Geheimaktion: zum einen gegenüber den Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden der Bundesrepublik und zum anderen gegenüber der Leserschaft seiner Zeitschrift. »Die Aufnahme in die Kommunistische Partei«, beschrieb er diesen Akt Jahrzehnte später, als die DDR längst Vergangenheit war,

»erfolgte mündlich durch Handschlag. Es wurde gesagt: »Ihr bekommt auch keinen Parteiausweis, das werdet ihr ja verstehen, liebe Genossen, denn ihr seid hier mit Handschlag Mitglieder, und jetzt müsst ihr euch anpassen. Wir haben uns nach dem demokratischen Zentralismus zu richten.«¹⁷

Dieses bereits von Lenin in seinem 1902 publizierten Buch *Was tun?* begründete Prinzip war eher das glatte Gegenteil von Demokratie.¹⁸ In seinem Kern bedeutete es nichts anderes als die Tarnung einer hierarchisch organisierten Befehlskette, in der die einfachen Mitglieder den von der Parteispitze ausgegebenen Direktiven Folge zu leisten hatten.

Als Röhl am 22. August 1956 das nächste Mal wieder zu einer konspirativen Sitzung in Ost-Berlin eintraf, diesmal zusammen mit Siegfried Burmeister und dem für die Finanzen seines Blattes zuständigen Uwe Larsen, wurde entschieden, dass er von nun ab endgültig Kapluck und Kumpf unterstellt sei. Der Kontakt zur Kommunistischen Hochschulgruppe in Hamburg wurde gleichzeitig abgebrochen, offenbar um Loyalitätskonflikte zu vermeiden.

16 Röhl, Fünf Finger (Anm. 8), S. 55.

17 Ebd., S. 118.

18 Vgl. N. Lenina [Vladimir Il'ič Lenin], *Čto delat'? Nabolěvsie voprosy našego dviženija*, Stuttgart 1902.

III. Meinhofs politisches Coming-Out im Kontext der Anti-Atomtod-Bewegung

Währenddessen schien Ulrike Meinhof im Sommersemester 1956 immer noch völlig in ihrem Studium aufzugehen. Sie beschäftigte sich mit Klassikern der Pädagogik wie etwa Rousseaus 1762 erschienenem *Émile*,¹⁹ mit der sogenannten Persönlichkeitskunde, wie es in einer antiquierten Diktion immer noch hieß, in pädagogischer Diagnostik, Kinderpsychotherapie, christlicher Sozialethik und Kunstgeschichte. Sie schrieb, dass es ihr bis dahin »schönstes Semester« gewesen sei und ihr das Studium regelrecht Vergnügen bereite. Dennoch zeichnete sich ab, dass sie nicht länger an der Marburger Universität bleiben wollte. Daran änderte auch nichts, dass ihr zielstrebigter Verlobter an die Philipps-Universität gebunden blieb. Seine angehende Lebensgefährtin zeigte sich durch ein kontrovers besetztes politisches Thema, das in der Öffentlichkeit immer größeren Raum für sich beanspruchte, zunehmend stärker beunruhigt.

Die Bundesregierung hatte die Absicht, die gerade erst gegen enorme Widerstände in der Bevölkerung gegründete Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Zwar war ihr mit der Verabschiedung der Pariser Verträge, die erst die Voraussetzungen für die Wiederbewaffnung geschaffen hatten, untersagt worden, Nuklearwaffen zu produzieren, zu besitzen oder zu verwenden, das schien aber für Bundeskanzler Adenauer und seinen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß kein hinreichender Grund zu sein, darauf zu verzichten. Da sie einen Angriff aus dem Osten befürchteten, wollten sie sich im Notfall nicht allein auf die Westalliierten verlassen müssen und an der Verteidigung auch selbst beteiligen. Hinzu kam, dass der NATO-Oberbefehlshaber Lauris Norstad im Februar 1957 im Einvernehmen mit der US-Regierung gefordert hatte, dass die in der Bundesrepublik reduzierte Präsenz US-amerikanischer Truppen durch die Aufstellung taktischer Atomwaffen ausgeglichen werden müsse.

Da Adenauer im April 1957 bei einer Pressekonferenz so leichtfertig war, derartige Atomraketen als eine »Fortentwicklung der Artillerie« herunterzuspielen, löste er unter den weltbekannten Göttinger Atomphysikern, darunter Otto Hahn, Carl Friedrich von Weizsäcker, Max von Laue und Werner Heisenberg, Empörung über eine derartige Verharmlosung aus.²⁰ Und deren Erklärung wiederum rief eine breite, maßgeblich von der sozialdemokratischen Opposition organisierte Protestbewegung auf den Plan – die Kampagne »Kampf dem Atomtod«.²¹ An ihr beteiligten sich im Frühjahr 1958 Hunderttausende von Gegnern der Atomrüstung. Zu ihr zählten nicht nur Arbeiter und Angestellte, Christen und Gewerkschaftler, Intellektuelle und Universitätsprofessoren, sondern auch Studierende, die sich in eigenen Arbeitskreisen und Komitees formierten.

In Marburg musste Ulrike Meinhof allerdings erleben, dass es universitäre Kräfte gab, die die Empörung über den von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurs nicht teilten und allein schon der Artikulation einer Gegenposition einen Riegel vorzuschieben versuchten. Angesichts der Tatsache, dass es mehr als dreißig Korporationen in

19 Jean-Jacques Rousseau, *Émile, ou De l'éducation*, Amsterdam 1762.

20 Vgl. Robert Lorenz, *Protest der Physiker. Die Göttinger Erklärung von 1957*, Bielefeld 2011.

21 Vgl. Hans Karl Rupp, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren*, Köln 1970.

der Universitätsstadt an der Lahn gab und sich selbst der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) zur Hälfte aus Korpsbrüdern zusammensetzte, konnte das kaum verwundern. Als am 9. Juli 1957 im Auditorium Maximum eine außerordentliche studentische Vollversammlung einberufen wurde, um aufgrund eines vom Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) zusammen mit dem Christlich-Demokratischen Hochschulring (CDH) gestellten Antrags, sich für die Erklärung der Göttinger 18 auszusprechen, abzustimmen, intervenierte der Ältestenrat und verhinderte die Abstimmung mit der Begründung, dass der Studierendenschaft kein allgemeinpolitisches Mandat gebühre. Das dürfte die Pädagogikstudentin maßlos geärgert und ihre Neigung, die Marburger Universität zu verlassen, verstärkt, vielleicht sogar den Ausschlag für einen derartigen Entschluss gegeben haben.

Und in der Tat, sie verließ nach vier Semestern die Philipps-Universität. Nach einem einsemestrigen Intermezzo an der Pädagogischen Akademie in Wuppertal wechselte sie schließlich zum Wintersemester 1957/58 an die Universität Münster. Nun schien es so zu sein, dass nicht mehr das Pädagogikstudium im Zentrum ihres Interesses stand, sondern sie primär nach Möglichkeiten und Wegen suchen wollte, um etwas gegen die atomare Bedrohung zu unternehmen. Diese politische Herausforderung stellte für sie jedenfalls einen einmaligen, für ihre Disposition einen geradezu prädestinierten Kontext dar. Ihre Politisierung vollzog sich in diesem existentiell aufgeladenen Zusammenhang überhaupt erst oder aber sie erhielt darin zumindest einen enormen Schub. Eines zumindest ist sicher, sie war nach der Anti-Atomtod-Bewegung nicht mehr dieselbe. Weder in politischer noch in privater Hinsicht.

Und dieses politische Coming-Out spielte sich in einer geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit nicht an der Marburger Philipps-, sondern an eben jener Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster ab. Die mit ihr in einem regen Austausch befindliche Sozialpädagogin Elisabeth Heimpel, die durch einen alarmierenden Brief an Heisenberg bereits die Göttinger Erklärung der 18 Atomphysiker angeregt hatte, unterstützte sie in ihrer Haltung, es nicht nur bei ihrer Empörung über die in ihren Augen abenteuerliche Politik von Adenauer und Strauß zu belassen, sondern etwas Praktisches zu unternehmen. Ulrike Meinhof – sie war nun 23 Jahre alt – suchte in der örtlichen Hochschulgruppe des SDS nach Mitstreitern und gründete zusammen mit ihrem wichtigsten Kampfgefährten, dem später an der Technischen Hochschule Hannover lehrenden Staatsrechtler und Politikwissenschaftler Jürgen Seifert, einen »Studentischen Arbeitskreis für ein kernwaffenfreies Deutschland«. Sie übernahm darin den Vorsitz und hielt vor allem am 20. Mai 1958, dem Tag, an dem studentische Komitees bundesweit gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr auf Straßen und Plätze strömten, auf dem Platz vor dem Münsteraner Schloss vor 1.200 Menschen ihre erste große öffentliche Rede. Nachdem die Kundgebung vorüber war, zogen 500 von ihnen in einem Schweigemarsch durch Münster. Seifert wird seinen Eindruck von Meinhofs Auftritt später in die Worte fassen, er habe geglaubt, »eine neue Rosa Luxemburg« vor Augen zu haben.²²

22 Jürgen Seifert, Ulrike Meinhof. Ein Porträt, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), Die RAF und der Linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 350-372, hier S. 354.

Doch es gab eine andere, gewiss weitaus weniger heroisch besetzte Frauengestalt, die Seifert in diesem Zusammenhang hätte erwähnen können: Ulrike Meinhofs Ziehmutter Renate Riemeck. Denn sie fungierte nicht nur im Hinblick auf ihr Studienziel als Vorbild, sondern auch in politischer Hinsicht und das auf eine ganz konkrete Weise. Sie hatte den »Appell der 44« formuliert, mit dem sich die Gewerkschaften gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr aussprachen. Sie arbeitete danach in führender Rolle in der »Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung der Bundeswehr« mit und beteiligte sich nicht weniger gewichtig an dem sich im Juni 1958 in Gelsenkirchen konstituierenden »Ständigen Kongress gegen die atomare Aufrüstung«. Angesichts der engen Bindung, die sie weiterhin zu ihrer Quasi-Stieftochter pflegte, dürfte es wahrscheinlich gewesen sein, dass sie sie bei ihrem Start in den politischen Aktivismus eingehend beraten hat.

Was Meinhof zumindest bis zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst, vielleicht aber geahnt hat, war die Tatsache, dass ihr Vormund an der Angel eines der einflussreichsten pro-sowjetischen Einflussagenten hing, von Paul Neuhöffer. Sie hatte Seifert im Tone der Vertraulichkeit berichtet, dass Neuhöffer regelmäßig Riemeck mit einem Packen internationaler Pressebeiträge ausgestattet besuche und mit ihr das weitere Vorgehen bespreche. Der Mann, der in der Waffen-SS-Division »Hitler-Jugend« gewesen und mit einer Beinamputation aus dem Krieg zurückgekehrt war, hatte sich nun in einen überzeugten Kommunisten verwandelt und zu einer entsprechenden subversiven Tätigkeit verpflichten lassen.²³ Er war es, der Renate Riemeck, die als ehemaliges Mitglied der NSDAP und des Bundes Deutscher Mädel (BDM) selbst auf eine verschwiegene NS-Vergangenheit zurückblicken konnte, bei ihren keineswegs nur publizistischen Aktivitäten dirigierte. In welchem Maße sich die Wuppertaler Jungprofessorin die Gesinnung ihrer Instrukteure bisweilen zu eigen machte, wurde in einem Artikel zur Koexistenzpolitik der Sowjetunion deutlich. Zu dem von westlicher Seite immer wieder ange-mahnten Problem des mangelnden Rechts auf freie Meinungsäußerung stellte sie unmissverständlich fest: »Der Marxismus-Leninismus besitzt uneingeschränkt das geistige Monopol.«²⁴ Das war so klar, dass die *konkret*-Instrukteure das bestimmt als einen taktischen Fehler bemängelt hätten.

Wie sehr sich Ulrike Meinhof mit der Mission, eine Atomrüstung auf deutschem Boden zu verhindern, offenbar identifizierte, ließ sich schon daran erkennen, dass man ihr den Spitznamen »Atom-Ulrike« gab. Das mochte zwar spöttisch klingen, verriet aber gleichzeitig wie ernst sie die Kampagne »Kampf dem Atomtod« nahm. Sie war für sie vor allem moralisch begründet. In einem von ihr verfassten Flugblatt hatte sie den Widerstand gegen die Atomrüstung mit den Worten begründet: »Wir wollen uns nicht noch einmal wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« vor Gott und den Menschen

23 Neuhöffer war sowohl Mitglied in der illegalen FDJ als auch in der illegalen KPD. Wegen kommunistischer Propagandatätigkeit war er bereits 1950 von einem Gericht zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Später trat er als Sekretär des Deutschen Clubs 1954, Propagandaleiter des Bundes der Deutschen (BdD) und als der von Historikern wie Manfred Rowold als der »eigentliche Lenker« der Deutschen Friedensunion (DFU) apostrophierte Strippenzieher auf. Vgl. Manfred Rowold, *Im Schatten der Macht*, Düsseldorf 1974, S. 148, Anm. 48.

24 Renate Riemeck, *Die Wandlungen im Ostblock und unser Russlandbild*, in: *Stimme der Gemeinde* 10 (1958), H. 1, Sp. 15-20, hier Sp. 20.

schuldig bekennen müssen.«²⁵ Sie war jedoch keineswegs die Einzige, die mit dem erwähnten Etikett versehen wurde. Es war gleich eine ganze Gruppe von Studentinnen, die als »Atom-Mädel« bezeichnet wurden. Das war zweifelsohne etwas despektierlich gemeint. Noch entscheidender dürfte allerdings gewesen sein, dass sie für bestimmte Interessenten in einem gewissen Sinne als potentielle Beuteobjekte betrachtet wurden. Sie warteten nur darauf, dass sie ihnen wie Fische ins Netz gehen würden.

Die Rede ist von den bereits erwähnten Mitgliedern der illegalen KPD und Einflussagenten der SED bzw. des Ministeriums für Staatssicherheit (kurz: Stasi; MfS). Ohne diesen Hintergrund zu skizzieren, wäre es unmöglich, die Wandlung der Ulrike Marie Meinhof von einer begabten, aber eher unauffälligen Studentin zu einer politischen Frontfrau zu begreifen, die sich mit an die Spitze der Anti-Atomtod-Bewegung setzte und zugleich mehr und mehr ins Rampenlicht der Öffentlichkeit schob. Die kommunistischen Kader waren auf die sogenannten »Atom Mädchen« regelrecht angesetzt worden. Sie wurden als naiv eingeschätzt und galten deshalb als eine relativ leicht einzufangende »Beute«. Die ganze Sache hatte zwar eindeutige politische Ziele, durch die kaum zu übersehende amouröse Dimension bekam sie aber einen Doppelcharakter. Die spätere Parole der Berliner Kommunarden, dass das Private politisch und das Politische privat sei, war hier zwar nicht vorweggenommen, aber in gewisser Weise ebenfalls strapaziert worden. Im Nachhinein könnte man meinen, dass die Emissäre eher etwas mit den Romeo-Agenten der Stasi zu tun gehabt hätten. Doch angesichts der Tatsache, dass aus den ursprünglich politisch inspirierten Anbahnungen eine Reihe von Ehen resultierten, dürfte auch diese Interpretationsfigur nur bedingt tauglich sein, um die sich im Sommer 1958 abspielenden Vorgänge zu verstehen.

Konkret-Redakteur Reinhard Opitz hatte eine ganze Kartei aufgebaut, um die studentischen Atomausschüsse zum Teil mit Fotos nach geeigneten Kandidaten und vor allem Kandidatinnen zu durchforsten. Zusammen mit Röhl klapperte er eine Universitätsstadt nach der anderen ab. Zu den Aktivistinnen, die sie besonders umwarben, gehörte etwa die Marburger SDS-Vorsitzende Eva Titze, die spätere Ehefrau von Peter Rühmkorf und zeitweilige schleswig-holsteinische Bildungsministerin, die SDS-Aktivistin Monika Mitscherlich, Tochter des Psychoanalytikers Alexander Mitscherlich, spätere Ehefrau Jürgen Seiferts und im Kontext der 68er-Bewegung Begründerin der antiautoritären Kinderläden, und natürlich Ulrike Meinhof, in die sich Opitz verguckt hatte.

Die *konkret*-Kommunisten fuhren zur Kontaktaufnahme für eine etwaige Anwerbung unter anderem nach Marburg, Frankfurt a.M., München und West-Berlin. Opitz fuhr sogar in eine Universitätsstadt wie Münster und das nicht nur einmal. Die Tatsache, dass es Studierende gab, die es in nur kurzer Zeit geschafft hatten, in einer solch konservativ wie katholisch geprägten Provinzstadt eine Hochburg der Anti-Atomtod-Bewegung zu schaffen, hatte ihre besondere Aufmerksamkeit geweckt. Opitz sei eines Tages, wie Röhl Jahrzehnte später schildern wird, zu ihm gekommen und habe voller Überschwang erklärt:

25 Zit.n. Ditfurth, Meinhof (Anm. 1), S. 108.

»Da ist eine ganz tolle, begabte junge Studentin. Die heißt Ulrike Meinhof, die leitet den Atomausschuss in Münster zusammen mit einem Jürgen Seifert, und die hat da ganz selbständig schon mit Seifert dieses Blättchen *argument* auf die Beine gestellt. Die müssen wir unbedingt ›knacken‹, das wird bestimmt eine gute Genossin für die Partei.«²⁶

Doch die Sache gestaltete sich bei der Umworbenen offenbar besonders schwierig. Meinhof wollte sich partout nicht von jemandem aus der *konkret*-Redaktion engagieren lassen. Sie gab vor, dass es sich dabei vielleicht um einen Unterwanderungsversuch handeln könne und meinte, dass es wohl besser sei auf ihrer Unabhängigkeit zu bestehen. Die letzte Hoffnung bestand nun darin, dass der Chefredakteur persönlich aktiv werden und sich der Sache annehmen würde. Dass auch für ihn die Hürden besonders hoch liegen würden, hatte allerdings ganz andere Gründe.

Wenn man das anfängliche Verhältnis zwischen Röhl und Meinhof charakterisieren wollte, dann müsste man wohl am besten auf eine altbekannte Formulierung zurückgreifen, wonach sich zwei Menschen zuweilen »in herzlicher Abneigung einander zugestatten« seien. Genauso verhielt es sich zunächst mit den beiden. In seinen 1974 erschienenen Memoiren *Fünf Finger sind keine Faust* beschreibt Röhl ungeschminkt den Eindruck, den er beim ersten Zusammentreffen mit ihr im Mai 1958 am Rande einer Pressekonferenz der Atomwaffengegner in Bonn gewonnen hatte:

»Es war Abneigung auf den ersten Blick. Auf beiden Seiten. Für mich war sie der Typ: vollkommen uninteressant. Der Typ, den ich auf den Tod nicht ausstehen konnte. Gradlinig, mit tiefem, ernstem Blick, das Gegenteil von oberflächlich, voll intellektueller Redlichkeit.«²⁷

Während der *konkret*-Chefredakteur für sie »ein Fatzke«, »ein fieser Kerl« und ein Mann »mit einem Agentengesicht« war, wurde diese unübersehbare »Abneigung auf den ersten Blick« von ihm umgekehrt noch überboten. Die »Friedenstante mit der schrecklichen Sophie-Scholl-Frisur« war überhaupt nicht sein Typ. Sie trug meistens dunkelgrüne Kleider, dazu Holzperlenketten und rauchte bisweilen auch ein so eindeutig männlich attribuiertes Genussobjekt wie eine Tabakpfeife. Kurzum, die Anti-Atomtod-Aktivistin, die mit ihrer ganzen Energie überhaupt nicht mehr wusste, wohin mit sich, war als Frau in keiner Weise sein Typ. Das bedeutete aber längst noch nicht, dass das auch in politischer Hinsicht der Fall sein musste. Der unbestreitbar eitle, als Schlitzohr geltende und mit kaum zu ertragender Arroganz auftretende Röhl war nicht zufällig Mitglied in einer illegalen Partei geworden, der er gewiss nicht alles, letztlich aber vieles, zuweilen auch seine amourösen Gepflogenheiten unterzuordnen bereit war.

26 Röhl, Kommunismus (Anm. 4), S. 211.

27 Röhl, Fünf Finger (Anm. 8), S. 130.

IV. Eine Anwerbung als Brautwerbung

Als sich Meinhof und Röhl persönlich kennenlernten,²⁸ war die große Zeit der Anti-Atomtod-Bewegung, die – wenn man einmal von den Nachrüstungsprotesten zu Beginn der 1980er Jahre absieht – mehr Protestierende als zu irgendeiner anderen Zeit auf die Straßen getrieben hat, eigentlich schon vorüber. Zum einen war es der Bundesregierung am 25. März 1958 nach einer viertägigen Redeschlacht gelungen, die für die Annahme ihres Atomrüstungskurses erforderliche Stimmenzahl zu gewinnen, und zum anderen war es der SPD-Opposition misslungen, diese Entscheidung durch die Abhaltung von Volksabstimmungen in den drei von ihr regierten Bundesländern zu konterkarieren. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem mit dem Argument, dass ein Vorhaben von bundespolitischer Tragweite nicht mehr durch ein auf der Ebene von einzelnen Bundesländern einzuholendes Votum gestoppt werden könne, einen Riegel vorgeschoben.

Das war eigentlich schon das endgültige Aus der Kampagne »Kampf dem Atomtod«. Doch die außerparlamentarische Linke wollte diese Niederlage nicht oder nur bedingt zur Kenntnis nehmen. Sie fühlte sich geradezu dazu ermuntert, ihren Kampf noch vehementer als zuvor fortzusetzen, und konzentrierte sich nun darauf, einen großen studentischen Kongress in West-Berlin vorzubereiten. Darin sahen nun die Kader der illegalen KPD eine besondere Gelegenheit, Einfluss auf den Kurs dieser von der SPD maßgeblich vorbereiteten Großveranstaltung zu nehmen. Da in Berlin noch keine Mauer existierte, schien es zum einen besonders leicht zu sein, von Ost-Berlin aus Aktivisten der FDJ dafür zu mobilisieren. Zum anderen hatten die Erfahrungen im Zuge der Anti-Atomtod-Bewegung gezeigt, wie leicht es war, insbesondere bei den studentischen Akteurskohorten anzudocken. Falls es sich dennoch als zu schwierig erweisen sollte, dann könnten zumindest neue Mitglieder für die illegale KPD angeworben werden.

Am 7. Juni 1958 fuhr Röhl zusammen mit seinem Redakteur Reinhard Opitz, auch er KPD-Genosse, nach Ost-Berlin, um sich beim weiteren Kurs im Kampf gegen die Atombewaffnung zu beraten. Kurz zuvor war eine Sondernummer von *konkret* zum Stand der Bewegung herausgebracht worden. Wie begehrt diese Ausgabe war, ließ sich schon daran erkennen, dass allein in Köln 2.000 Exemplare der Sondernummer angefordert worden waren. Ihr Hauptproblem war, dass sich als gegnerisch angesehene Kräfte formiert hatten, denen es in Frankfurt gelungen war, einen zentralen Ausschuss zu gründen. Der Kopf dieser Strömung, die es darauf angelegt hatte, den Einfluss der *konkret*-Gruppe entweder zu beschneiden oder sie ganz hinauszudrängen, war der linksliberal eingestellte Carl-Christian Kaiser, der später jahrzehntelang für die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* als Bonner Korrespondent arbeiten sollte. Als dieser im Juli 1958 eine Erklärung verbreitete, mit der die Ausschüsse aufgefordert wurden, sich von *konkret* zu distanzieren, der Zeitschrift ebenso wie der nach ihr benannten Gruppierung,

28 Nach Röhl's eigener Darstellung spielte sich das am Rande einer Pressekonferenz in Bonn ab, nach der Darstellung seiner Tochter Bettina bei einem Treffen der Anti-Atomtod-Ausschüsse in Frankfurt. Lediglich in der Zeitangabe stimmen die Schilderungen überein. Die Begegnung fand demnach im Mai 1958 statt.

versuchte Röhl ihn in einem ausführlichen Schreiben zu beschwichtigen. Darin besaß er die Chuzpe zu behaupten, seine Zeitschrift stehe »auf der Beschlagsnahmeliste des Staatssicherheitsdienstes der DDR«, verfüge über »eine völlig unabhängige finanzielle Basis« und nehme eine »unabhängige Haltung gegenüber der DDR« ein, was man schon allein an einem aktuellen Artikel erkennen könne, in dem die Entwicklung der DDR als »Kulisierung und Fellachisierung« bezeichnet worden sei. Kaiser schien das allerdings nicht besonders zu beeindrucken.

Verdächtigungen, dass die Zeitschrift *konkret* vom »Osten« finanziert werden würde, hatten im Zusammenhang mit der Anti-Atomtod-Bewegung wiederholt eine Rolle gespielt. So war Chefredakteur Röhl etwa am 28. Juni 1958 auf einer Sitzung des Koordinierungsausschusses der studentischen Ausschüsse explizit dazu befragt worden. Der alerte Illegale log, dass sich die Balken bogen. Er sei gerne bereit, stellte er voller Selbstbewusstsein fest, »notfalls unter Eid zu erklären, dass seine Zeitschrift keine finanziellen Zuwendungen von kommunistischen Gruppen oder Einzelpersonen« erhalte.²⁹ Er hätte auch genauso gut erklären können, dass das in Wirklichkeit völlig untertrieben sei. Schließlich bestand die Redaktion weitgehend aus Illegalen und deren Arbeit wurde zudem ununterbrochen auf eine konspirative Weise gesteuert. Doch er wusste nur zu gut, dass ein Skandal die Folge gewesen wäre, der zudem die Ermittlungsbehörden auf den Plan gerufen hätte. Insofern dürfte er sich insgeheim gesagt haben, dass es wohl besser sei, die Flucht nach vorn anzutreten.

Eine ganz ähnliche Erklärung hatten Meinhof und Seifert zum Verdacht abgegeben, dass auch ihr Münsteraner »Arbeitskreis für ein kernwaffenfreies Deutschland« kommunistisch unterwandert worden sei. Unter der Überschrift »In eigener Sache« schrieben sie dazu in ihrem Informationsblatt *argument*, dass es von Anfang an zu den Prinzipien ihres Kreises gehört habe, »keinerlei Aktionsgemeinschaft mit Leuten einzugehen, die für den Osten arbeiten« würden.³⁰ Es sei infam, versuchten sie dagegen zu halten, dass Bundesinnenminister Gerhard Schröder behauptet habe, die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung würde »vom Osten gesteuert«. Dadurch werde der Anschein erweckt, »als bedürfe es einer Weisung aus Moskau«, um gegen diese Bedrohung zu protestieren. Doch es sollte nicht allzu lange dauern, bis sich herausstellte, dass es tatsächlich – wie im *Vorwärts*, dem Presseorgan der SPD zu lesen war – zwei SDS-Mitglieder gab, die im Münsteraner Arbeitskreis aktiv waren und für die illegale KPD arbeiteten. Doch weder Meinhof noch Seifert hatten gelogen, sie hatten es im Unterschied zu Röhl einfach nicht besser gewusst.

Ihren Urlaub hatte Ulrike Meinhof im August 1958 zusammen mit ihrem Verlobten, der gerade in Physik seine Diplomprüfung mit Bestnote bestanden hatte, auf der Ostseeinsel Fehmarn verbracht – vier Wochen lang faulenzend, Musik hörend und Bücher lesend. Zusammen mit Lothar Wallek fuhr sie Anfang September 1958 nach Marburg, um einiges an Semesterarbeiten zu erledigen, zu denen sie wegen ihrer politischen Aktivitäten nicht mehr gekommen war. Außerdem hatte sie vor, sich mit dem frisch

29 Privatchiv Jürgen Seifert, Hannover, Protokoll des Hauptausschusses der studentischen Ausschüsse gegen die atomare Aufrüstung in Frankfurt a.M. am 26.6.1958.

30 Ulrike Meinhof/Jürgen Seifert, In eigener Sache, in: *argument* 7 v. 13.7.1958.

diplomierten Physiker über den Status ihrer Beziehung, die unter den längeren Trennungsperioden gelitten hatte, endlich einmal auszusprechen. Doch es kam anders. Sie staunte nicht schlecht, als am Abend des 12. Septembers, einem Freitag, plötzlich Röhl zusammen mit Opitz und Erika Runge, einer weiteren *konkret*-Redakteurin, vor ihrer Tür standen. Sie wollten, gaben sie vor, mit ihr gerne das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Berliner Kongress besprechen. Zu ihrer Überraschung blieben sie schließlich das ganze Wochenende über. Natürlich führten sie noch anderes im Schilde. Das verriet sich allein schon dadurch, dass sie der Umworbenen als Geschenk »einen Plattenspieler und einen Batzen Brecht-Platten«, wie sie kurz darauf Seifert in einem Brief offenbarte, mitgebracht hatten.

Am Samstagnachmittag fuhren sie mit ihr in ein außerhalb von Marburg, am Waldesrand gelegenes Ausflugslokal und besprachen nicht nur ihre Anti-Kaiser-Strategie. Es war ein lauer Spätsommertag und die Atmosphäre wurde Stunde für Stunde romantischer. Sie glaubten offenbar, dass es nun einfacher werden würde, Meinhof in dieser Stimmung für ihre Partei anzuwerben. Röhl verstand sich in der Rolle des doppelten »Brautwerbers« – und zwar für den bis über beide Ohren verliebten Opitz ebenso wie für die KPD. »Ich redete wie ein Buch auf Ulrike ein,« schrieb er anderthalb Jahrzehnte später in seinen Memoiren, nicht ohne sich im Datum um geschlagene drei Monate zu vertun und den entscheidenden Tag in den Juni vorzuverlegen,³¹

»war nicht verkrampft, noch arrogant, hatte meinen großen Abend. [...] Ich schilderte ihr den Sozialismus als die einzige Möglichkeit, alles zu verwirklichen, was die wirklichen Christen (ich kannte schon meine Partnerin) wirklich gewollt hatten. Was die größten Denker der Antike gewollt hatten: die größten Träume der Menschheit. Vor allem der gewaltige Traum Gerechtigkeit, er würde nur durch den Kommunismus verwirklicht werden.«³²

An diesem Abend habe es überhaupt nicht kühler werden wollen. Er habe Bertolt Brecht und Ernst Busch, Lenin und Christus sowie Mao und Platon zitiert. Im Hintergrund sei aus einer Musibox immer wieder dieselbe Platte zu hören gewesen. Es sei weder die *Internationale* noch *Der Osten wird rot* gewesen, hebt er hervor, sondern ein Schlager, der sie »ganz mild und wild und sensibel und schwärmerisch gemacht« habe. Es war der im Original ursprünglich von der amerikanischen Schauspielerin Debbie Reynolds und in der deutschsprachigen Coverversion von der Schweizer Schlagersängerin Angela intonierte Song *Tammy*, die Titelmelodie des Liebesfilms *Tammy, das Mädchen vom Hausboot*. Ein regelrechter Schmachtfetzen, in dem der Refrain lautet: »Hörst du den Südwind, er flüstert dir zu: Tammy, Tammy, dein Glück bist du.«

Röhl kommentierte die Überraschung jenes Abends, an dem sein Anwerbeversuch als Kommunist von einem trivialen Schlager auf ungeahnte Weise befördert und zugleich bei weitem in den Schatten gestellt wurde, mit den Worten:

31 An dem Datierungsirrtum kann deshalb kein Zweifel gehegt werden, weil die zeitliche ebenso wie die inhaltliche Abfolge durch mehrere Briefe auf den Tag genau angegeben worden sind. Vgl. Röhl, *Kommunismus* (Anm. 4), S. 230f.

32 Röhl, *Fünf Finger* (Anm. 8), S. 131.

»Das wollen wir festhalten. Am Anfang stand nicht das Lob des Kommunismus oder die Einsicht in die Notwendigkeit und die Solidarität, sondern etwas ganz Privates, etwas Unpolitisches (und vielleicht stand deshalb auch am Ende etwas Unpolitisches), und das war in diesem besonderen Fall der amerikanische Schlager Tamy [sic!].«³³

Ihm war offenbar klar, dass sich in Meinhofs Fall Privates und Politisches miteinander verbunden und eine überraschende Einheit gebildet hatten. Aber das war seinem Eindruck nach noch nicht alles gewesen. Indem er seine Rolle als Anwerber übertrieben habe, versuchte er den Vorgang weiter zu interpretieren, sei etwas eingetreten, wofür man in der Psychoanalyse den Begriff der »Übertragung« gebrauchte:

»Ulrike hatte an dem Brautwerber mehr Gefallen gefunden als an dem Freier. Das wussten wir damals aber noch nicht, erst einmal hatte sie sich für uns entschieden, für den Fortschritt. Ein paar Monate später schlepten wir sie schon nach Ostberlin, wie eine kostbare Beute. Die Partei war hell begeistert, fühlte sich in ihrer Beurteilung bestätigt. Die hat, sagte Manfred Kapluck bewundernd, eine große politische Karriere vor sich. Eine ganz große Karriere.«³⁴

An diesem ach so lauen Spätsommerabend am Waldesrand, der eher in einen Heimatfilm vom Schlage *Schwarzwaldmädel* gepasst hätte, hatte der KPD-Kader Röhl also die so nachdrücklich umworbene Meinhof – um es einmal im Jargon Pubertierender zu formulieren – gleich in doppelter Weise »rumgekriegt«. Er hatte sie für die Partei und damit für die Sache des Kommunismus gewonnen. Aber zugleich hatte er auch erreicht, dass sie sich genau in diesem Moment in ihn selbst verliebt hatte. In ihn, das angebliche Scheusal mit dem Agentengesicht! Es scheint ganz so gewesen zu sein, dass in Ulrike Meinhofs Chemie der Gefühle die moralisch grundierte Weltanschauung – manche mögen es »Politik« nennen – die Rolle eines Türwächters einnahm. In dem Augenblick, als dieser jedoch neutralisiert und seiner Funktion enthoben worden war, gab es für sie keine Möglichkeit mehr zur Gegenwehr. Der »Brautwerber« konnte nun – um im Bild zu bleiben – ungehemmt durch das Portal treten und sie »erobern« und dies als Objekt seiner eigenen Liebe. Dieser am Rande Marburgs verbrachte Abend, in dem ein Anwerbungsversuch ein Liebesabenteuer ausgelöst hatte, dürfte der entscheidende in Ulrike Meinhofs noch jungem Leben gewesen sein. Er hatte Folgen, viele Folgen, die sie bis zu ihrem frühen Tod in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 nicht mehr unbeeinflusst lassen sollten.

V. Die Folgen

Der Abend im Marburger Ausflugslokal führte in Meinhofs Leben einen regelrechten Dambruch herbei. Wie in einem Zeitraffer änderte sich in nur wenigen Wochen Entscheidendes für sie. Privates ebenso wie Politisches kurz hintereinander:

33 Ebd., S. 132. Mit »Tamy« ist selbstverständlich *Tammy* gemeint. Röhl hat sich lediglich verschrieben.

34 Ebd.

Zunächst änderte Ulrike Meinhof ihre Haltung zu den »*konkret*-Leuten« grundlegend. Nachdem sie ihnen gegenüber zuvor äußerst reserviert eingestellt war, um sich nicht instrumentalisieren zu lassen, betonte sie nun, dass sie Respekt vor ihnen habe und sich keinerlei Sorgen mehr mache, »benutzt« zu werden. Das passe nicht zu »ihrer politischen Linie«. Nur wenige Wochen nach dem geschilderten Abend fand auch das besagte Treffen in der konspirativen Ostberliner Wohnung statt. Röhl und Opitz hatten Meinhof begleitet, um sie in der Tat wie ein »Beutestück« den beiden Führungs-offizieren Kapluck und Kumpf vorzustellen. Als sie dann im Oktober nach Münster zurückgekehrt war, dauerte es nicht lange, bis sie sich mit Jürgen Seifert, ihrem engsten damaligen Kampfgefährten, überworfen hatte. Obwohl dieser nicht wusste, dass sie sich mittlerweile entschlossen hatte, der KPD beizutreten, war ihm klar, dass sich während ihres Marburg-Aufenthalts ein »Gesinnungswechsel« vollzogen haben musste. Das Hauptanliegen ihres politischen Engagements war nun nicht mehr der Kampf gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, sondern der gegen das kapitalistische System. Am 14. Oktober 1958 schrieb sie Seifert in einem Brief, dass »die politische Alternative zur westlichen Politik im Sozialismus zu sehen« sei.³⁵ Es ging ihr von nun also in erster Linie um die sogenannte Systemfrage. Ihr Eintritt in die KPD wurde nicht etwa von Röhl vollzogen, sondern von dem dafür zuständigen Führungsoffizier Kapluck. Ob in Ost-Berlin oder irgendwo im Westen blieb ungeklärt. »Ich habe Ulrike«, erklärte Kapluck später, »in die Partei geholt. Sie wollte es auch selbst, und ich habe sie eingeweiht in die Partei und ihr alles erklärt. [...] Sie fragte: Was ist das Zentralkomitee, was ist das Politbüro, und ich musste ihr alles erklären, wie wir hier arbeiten. Sie war fasziniert.«³⁶

Auf der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz des SDS im Oktober 1958 in Mannheim wurde mit dem Heidelberger Oswald Hüller ein Gefolgsman der *konkret*-Gruppe zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Damit waren im Verhältnis zur SPD die Zeichen auf Sturm gestellt. Meinhofs erster großer öffentlicher Auftritt als Sprecherin der *konkret*-Gruppe spielte sich während des lange vorbereiteten »Studentenkongresses gegen Atomrüstung« am 3. und 4. Januar 1959 an der Freien Universität in West-Berlin ab. Sie trat dort als Kontrahentin des SPD-Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt auf, der ein Jahrzehnt zuvor Bundesvorsitzender des SDS gewesen war. Der Kongress erregte bundesweit Aufmerksamkeit, weil dort eine von der *konkret*-Gruppe eingebrachte und vom Plenum mehrheitlich befürwortete Resolution zur deutschen Frage, in der Verhandlungen mit der DDR über »eine interimistische Konföderation« vorgeschlagen worden waren, insbesondere Sozialdemokraten auf die Palme gebracht hatte. Schmidt war noch vor Empörung bebend zum Podium gelaufen, um von oben in den Saal zu rufen, dass diese Resolution »an anderem Ort psychologisch vorbereitet worden« sei; an der Niederlage hatte er dennoch nichts mehr ändern können. Nur einen Tag später wurden Meinhof, Opitz und Röhl vom Zentralkomitee der KPD in deren im brandenburgischen Caputh gelegenen Gästehaus empfangen, um den »Sieg« über die als Verräterin an der proletarischen Klasse verachtete SPD gebührend zu feiern.

35 Röhl, Kommunismus (Anm. 4), S. 237.

36 Ebd., S. 241.

Im Februar 1959 löste sie die Verlobung mit Lothar Wallek auf.³⁷ Bereits bei ihrer Rückkehr nach Münster war Seifert aufgefallen, dass sie ihren Verlobungsring nicht mehr trug. Wahrscheinlich hatte sie sich innerlich von ihm schon im Oktober getrennt, aber noch gezaudert, ihm das mitzuteilen.

Der Parteivorstand der SPD nahm nach der Berliner Niederlage die Rolle der *konkret*-Gruppe genauer unter die Lupe. Zahlreiche Indizien sprachen dafür, dass sie von Ost-Berlin ferngesteuert wurde und der Bundesrepublik zu schaden versuchte, der Sozialdemokratie ebenso wie der Bundesregierung. Ein vom SPD-Parteivorstand in Auftrag gegebenes *konkret*-Dossier ergab, dass es insgesamt 13 »Schlüsselpersonen« gab, die den SDS zu unterwandern versuchten.³⁸ Eine dieser Personen war Ulrike Meinhof. In der Konsequenz führte diese Untersuchung zu dem im November 1961 verhängten Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit dem SDS. Wer noch länger in der als kommunistisch unterwandert geltenden Hochschulgruppe bleiben wollte, konnte gleichzeitig nicht mehr länger Mitglied in der SPD sein und umgekehrt.

Im Oktober 1959 trat Ulrike Meinhof der *konkret*-Redaktion bei, in der zu diesem Zeitpunkt noch sechs weitere Redakteure arbeiteten. Sie war unter anderem für Außenpolitik und die Presseschau zuständig. Am 13. September 1960 verlobte sich Ulrike Meinhof dann zum zweiten Mal. Nun mit ihrem sechs Jahre älteren Chefredakteur Klaus Rainer Röhl. Das Ganze ging ohne Feierlichkeiten über die Bühne: zu zweit und heimlich. Während der Weihnachtstage 1961 besiegelten Röhl und Meinhof ihre Verbindung, indem sie den Bund der Ehe schlossen. Weil Röhl im Zuge des Bundestagswahlkampfes 1961 verpflichtet wurde, die Wahlkampfleitung der Deutschen Friedens-Union (DFU) wahrzunehmen, übernahm Meinhof für diesen Zeitraum die Chefredaktion der Zeitschrift. Diese wichtige Aufgabe war ihr zugleich Anlass, ihr Studium endgültig aufzugeben.

Die Bundestagswahlen am 17. September 1961 endeten für sie mit einem Desaster. Die von Renate Riemeck angeführte DFU, für die sie sich so sehr ins Zeug gelegt hatten, scheiterte mit 1,9 Prozent der Stimmen klar an der Fünf-Prozent-Hürde. Ob ihre Chancen ohne den einen Monat zuvor erfolgten Bau der Berliner Mauer aussichtsreicher gewesen wären, darf bezweifelt werden. Der Verdacht, dass es sich bei der erst im Jahr zuvor gegründeten neutralistischen Partei in Wirklichkeit um ein U-Boot der SED handelte, war zu massiv.

VI. Die protestantische Moral und der doppelte Boden ihrer politischen Existenz

Ulrike Meinhof war zuerst eine überzeugte Christin, dann eine prominente Publizistin, eine erklärte Antifaschistin, eine überzeugte Kommunistin und mehr als nur eine bloße Anhängerin des bewaffneten Kampfes – sie war eine exponierte, durch Wort und Tat beglaubigte Terroristin. Dies hat ihrem Leben, dem sie mit nur 41 Jahren in ihrer

37 Wallek selbst schildert den Vorgang so, dass er es gewesen sei, der den Vorschlag zur Trennung gemacht habe. Grund sei »Ulrikes Hinwendung zur KPD« gewesen.

38 Vgl. Tilman Fichter, SDS und SPD: Parteilichkeit jenseits der Partei, Wiesbaden 1988, S. 295–302.

Stammheimer Zelle vorzeitig ein Ende bereitet hat, wohl den stärksten Stempel aufgesetzt.

Doch so zahlreich ihre Lebensentwürfe, Rollen und Facetten auch gewesen sein mögen, diese besaßen einen konstanten Glutkern: ihre protestantische Moral und dies im Negativen ebenso wie im Positiven. Man kann vielleicht sogar feststellen, dass sie eine der moralisierendsten Stimmen in der alten Bundesrepublik gewesen ist. Und das ist angesichts einer zumindest idealiter existierenden Konkurrenz wie etwa der zum Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll ein Wort! In welchem Maße diese Moralität in ihr verwurzelt war und in gewisser Weise das Epizentrum ihres politischen Handelns ausgemacht hat, lässt sich anhand eines von ihr besonders gewagten Vergleichs in Erinnerung rufen.

Im Jahr 1961 hat sie der jüngeren Generation in ihrem *konkret*-Artikel »Hitler in Euch« zu Bedenken gegeben: »So wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, werden wir eines Tages nach Herrn Strauß gefragt werden.«³⁹ Der damals noch amtierende und im Jahr darauf wegen der *Spiegel*-Affäre zum Rücktritt gezwungene Bundesverteidigungsminister hatte gegen diesen Vergleich zwar umgehend geklagt, Meinhof war jedoch – vertreten durch ihren Anwalt, keinen Geringeren als den späteren Bundesjustizminister und Bundespräsidenten Gustav Heinemann – vor Gericht damit durchgekommen.

Von Jürgen Seifert stammt einer der bedenkenswertesten Sätze, die je über Ulrike Meinhof geäußert worden sind. Zum Zeitpunkt ihres Sprunges in den Untergrund, den sie am 14. Mai 1970 im Zuge der Baader-Befreiung wagte, sei sie bereits über ein Jahrzehnt in der Illegalität gewesen.⁴⁰ Was er damit meinte, war die Tatsache, dass sie bereits 1958 Mitglied in der am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen und damit verfassungsfeindlichen KPD geworden sei. Was das bedeutete, hatte ihr Genosse und vorübergehender Ehemann Klaus Rainer Röhl in seinen Erinnerungen mit den Worten veranschaulicht: »Wir waren Illegale, ständig von Verhaftung bedroht, immer in Angst, immer auf dem Sprung, ständig in Erwartung des Schlimmsten.«⁴¹ Die ihnen beim geringsten Fehltritt drohenden Konsequenzen hatten sie stets vor Augen: Gefängnisstrafen von drei Monaten bis hin zu mehreren Jahren. Nach dem Karlsruher Verbotsurteil waren von den Behörden zwischen 125.000 und 200.000 Ermittlungsverfahren durchgeführt und zwischen 7.000 und 10.000 Betroffene verurteilt worden.⁴² Bei einer Mitgliederzahl der KPD zuletzt von nicht mehr als 7.000 eine wahrlich happige Anzahl!

Ulrike Meinhofs politische Existenz war mit einem doppelten Boden ausgestattet. Wie kam es, so ist zu fragen, dass sich eine überzeugte Protestantin für eine kommunistische Partei hatte anwerben lassen, die kaum mehr als der verlängerte Arm der SED, also der Staatspartei der DDR, gewesen ist?

39 Ulrike Meinhof, Hitler in Euch, in: *konkret* 10 (1961), S. 8.

40 Seifert, Meinhof (Anm. 22), S. 351.

41 Röhl, Fünf Finger (Anm. 8), S. 165.

42 Zu den Zahlen siehe bspw. Rolf Cössner, Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges. Verdrängung im Westen – Abrechnung mit dem Osten?, Berlin 1998, S. 26; Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt a.M. 1978, S. 242.

Meinhof hat ihre Partei, aus der sie übrigens im Unterschied zu Röhl nie ausgeschlossen worden ist, niemals ernsthaft kritisiert – weder wegen der diktatorischen Form ihrer Machtausübung noch wegen der Unterdrückung jeglicher Form politischer Opposition, weder wegen des Baus der als »antifaschistischen Schutzwalls« deklarierten Berliner Mauer noch wegen der vielen auf der Flucht Erschossenen wie etwa dem im August 1962 mit 19 Jahren hilflos an der Mauer verbluteten Peter Fechter. Ihr damaliger Mann schrieb in seiner Autobiographie rückbetrachtend, dass es ihr – und er scheute sich nicht, sich dabei auch selbst mit einzubeziehen – »an einem Unrechtsbewusstsein [...] vollständig gefehlt« habe.⁴³

Die KPD und die SED waren für sie – in einem Wort formuliert – gleichermaßen sakrosankt. Doch warum? Weil beide Parteien und damit die als antifaschistisch glorifizierte DDR in ihren Augen als das bessere, das einzig legitimationsfähige Deutschland galten. Sie glaubte insbesondere in der SED, die sich 1946 die Sozialdemokratie in einem Zwangsakt unter den Nagel zu reißen versucht hatte, ein Bündnis von Antifaschisten sehen zu können, die den Kampf gegen die in Westdeutschland angeblich an der Macht befindlichen Alt- und Neonazis eröffnet hätten. In der DDR wiederum sah sie nichts anderes als eine friedliebende Alternative zur BRD, die unter dem Scheffel der einstigen Besatzungsmacht stand, den imperialistischen USA.

Gemessen an ihrer Einbindung in die von KPD und SED gleichermaßen im angefeindeten Westdeutschland betriebene subversive Politik erscheint es müßig, Meinhofs politischen Positionen eine intellektuelle Autonomie unterstellen zu wollen. Sie hat zuallererst im Auftrag gehandelt. Das galt über viele Jahre hinweg auch für ihre Rolle in der 1955 vom Zentralrat der FDJ unter ihrem damaligen Vorsitzenden Erich Honecker gegründeten Zeitschrift *konkret*. Was darin publiziert werden sollte, war zumindest bis 1964 zuvor in konspirativen Wohnungen in Ost-Berlin ausgemacht worden. Das ging soweit, dass zu diesem Auftrag auch gehörte, dass rund 20 Prozent der Artikel DDR-kritisch sein mussten, um sich nicht als ferngesteuert verdächtig zu machen.

Das bis heute von nicht wenigen ebenso respektierte wie zuweilen gar gefeierte Urteilsvermögen Ulrike Meinhofs, das hinsichtlich der NS-Vergangenheit, der Rolle der Großindustrie, den imperialen Interessen der USA, dem verbrecherischen Vietnamkrieg, den Demokratiedefiziten des Parlamentarismus und anderem mehr als unbestechlich galt, bedarf insofern einer gewissen Skepsis, wenn nicht gar eines grundsätzlichen Misstrauens. Denn vieles, was sie in diesen Jahren publiziert und in Fernseh- und Rundfunkbeiträgen geäußert hat, ließ sich von der SED gleichzeitig 1:1 publizistisch ausschlichten. Nur zu häufig war es kaum etwas anderes als ideologische Munition im Kalten Krieg.

Gemessen an dieser Kontextualisierung bedarf vor allem die Unbedingtheit ihres Urteils einer anderen Bewertung. Auch wenn die Wurzeln ihrer Urteilsfindung in ihrem persönlichen Bereich gelegen haben mögen, so spricht die Tatsache, dass diese Kritikmuster an der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft von Leuten wie dem SED-Propagandachef Professor Albert Norden zugespitzt, vereinseitigt und weiter radikalisiert worden sind, doch für einen hohen Grad an Instrumentalisierung.

43 Röhl, Fünf Finger (Anm. 8), S. 11.

Ulrike Meinhof trat zwar nicht fortwährend, aber doch für eine ganze Reihe von Jahren wie eine ideologische Agentin auf. Die Tatsache, dass die von ihr maßgeblich mitbegründete Stadtguerillaorganisation »Rote Armee Fraktion« genannt wurde, hätte allein schon wegen dieser Namensgebung misstrauisch machen müssen. Angesichts des Schreckens, für den die Armee der Sowjetunion gerade in den Augen vieler Westberliner stand, dort unter diesem Namen eine Untergrundorganisation ins Leben zu rufen, die sich als Vorhut der Arbeiterschaft begriff, zeugte von kaum etwas anderem als Phantasterei.

Meinhofs Urteilsvermögen war tief gespalten und die Unbedingtheit, mit der sie es vertrat, kann deshalb nicht statthaft gewesen sein. Denn die von ihr eingenommenen und als ultimativ vertretenen Positionen waren nicht universalisierbar, sondern höchst parteilich. Und zwar Partei ergreifend für eine Sache, die inzwischen historisch längst falsifiziert ist.

